

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/32, Fernruf 25261. Postfach 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschafts Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Abgabe: bei Hpt. 1.00, 2.00, 3.00, 4.00, 5.00, 6.00, 7.00, 8.00, 9.00, 10.00, 11.00, 12.00, 13.00, 14.00, 15.00, 16.00, 17.00, 18.00, 19.00, 20.00, 21.00, 22.00, 23.00, 24.00, 25.00, 26.00, 27.00, 28.00, 29.00, 30.00, 31.00, 32.00, 33.00, 34.00, 35.00, 36.00, 37.00, 38.00, 39.00, 40.00, 41.00, 42.00, 43.00, 44.00, 45.00, 46.00, 47.00, 48.00, 49.00, 50.00, 51.00, 52.00, 53.00, 54.00, 55.00, 56.00, 57.00, 58.00, 59.00, 60.00, 61.00, 62.00, 63.00, 64.00, 65.00, 66.00, 67.00, 68.00, 69.00, 70.00, 71.00, 72.00, 73.00, 74.00, 75.00, 76.00, 77.00, 78.00, 79.00, 80.00, 81.00, 82.00, 83.00, 84.00, 85.00, 86.00, 87.00, 88.00, 89.00, 90.00, 91.00, 92.00, 93.00, 94.00, 95.00, 96.00, 97.00, 98.00, 99.00, 100.00.

Abgabe: bei Hpt. 1.00, 2.00, 3.00, 4.00, 5.00, 6.00, 7.00, 8.00, 9.00, 10.00, 11.00, 12.00, 13.00, 14.00, 15.00, 16.00, 17.00, 18.00, 19.00, 20.00, 21.00, 22.00, 23.00, 24.00, 25.00, 26.00, 27.00, 28.00, 29.00, 30.00, 31.00, 32.00, 33.00, 34.00, 35.00, 36.00, 37.00, 38.00, 39.00, 40.00, 41.00, 42.00, 43.00, 44.00, 45.00, 46.00, 47.00, 48.00, 49.00, 50.00, 51.00, 52.00, 53.00, 54.00, 55.00, 56.00, 57.00, 58.00, 59.00, 60.00, 61.00, 62.00, 63.00, 64.00, 65.00, 66.00, 67.00, 68.00, 69.00, 70.00, 71.00, 72.00, 73.00, 74.00, 75.00, 76.00, 77.00, 78.00, 79.00, 80.00, 81.00, 82.00, 83.00, 84.00, 85.00, 86.00, 87.00, 88.00, 89.00, 90.00, 91.00, 92.00, 93.00, 94.00, 95.00, 96.00, 97.00, 98.00, 99.00, 100.00.

6 Stunden Bedenkzeit für Prag

Heinlein verlangt Sofortprogramm von Hodza

Erst Aufhebung des Standrechts - dann Verhandlungen

Eisern zusammengeschlossen...

Prag, 13. September.

Die Sudetendeutsche Partei in Prag teilt mit: In einer heute in Eger stattgefundenen gemeinsamen Sitzung präsierte der Politische Ausschuss und die Verhandlungsdelegation der Sudetendeutschen Partei die durch die Zwischenfälle des gestrigen und heutigen Tages und die Maßnahmen der Regierung geschaffene politische Lage.

Nach der Beratung richtete der Stellvertreter Konrad Heinlein, Abg. Karl Hermann Frank, an den Ministerpräsidenten Dr. Hodza folgende Forderungen:

Die Forderung der Sudetendeutschen Partei stellt fest, daß eine große Anzahl Sudetendeutscher durch Staatsorgane und tschechische Grenzler getötet und verletzt worden ist. Bei dieser Lage steht sich die Führung der Sudetendeutschen Partei außerstande, frei und unbeeinträchtigt über Recht und Schicksal des Sudetendeutschstums mit der Regierung zu verhandeln, wenn die Regierung nicht folgende Maßnahmen trifft:

1. Die Erklärung des Standrechts wird sofort zurückgenommen.
2. Aus allen Bezirken mit deutscher Bevölkerungsmehrheit wird die Staatspolizei zurückgezogen. Die Ausübung der Volksgewalt wird den Bürgermeistern und Gemeindevorstehern übertragen, die auch durch die Einrichtung der entsprechenden Organen für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen haben.
3. Die Gendarmerie und alle übrigen Organe der SDS sind auf ihre normalen Funktionen und ihren normalen Stand zu beschränken. Sie haben gleichzeitig mit der Zurückziehung der Staatspolizei das Einverständnis mit den Bürgermeistern und Gemeindevorstehern herzustellen, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden.
4. Sämtliche militärische Formationen sind in ihren üblichen und in rein militärischen Objekten zu kasernieren. Sie sind von der Zivilbevölkerung fernzuhalten.

Falls diese Forderungen des Sudetendeutschstums zur Herstellung eines normalen Zustandes, unter dem allein verhandelt werden kann, nicht binnen sechs Stunden angenommen, angeordnet, veröffentlicht und insbesondere durch den Rundfunk verbreitet werden, lehnt die Führung der Sudetendeutschen Partei jede Verantwortung für die weitere Entwicklung ab.

Nach den Ereignissen der letzten 24 Stunden sind die Forderungen Konrad Heinleins nur verständlich. Ist es doch ein Unglück, ihm eine verantwortungsvolle Führung von Verhandlungen zuzumuten, wenn es der Parteiführung infolge des völligen Durcheinanders in der Tschecho-Slowakei unmöglich gemacht wird, mit ihren Mitgliedern im Lande und den

Verhandlungen mit Prag abgebrochen

Wie wir zu den Forderungen Heinleins nach Redaktionschluss erfahren, hat Konrad Heinlein am Dienstag die Lage geprüft. Es wurde festgestellt, daß mit Rücksicht auf die Vorfälle der letzten 48 Stunden, und da die Forderungen, die die SDP stellt, nicht erfüllt wurden, die Verhandlungen für eine weitere Fortführung der Verhandlungen nicht mehr gegeben seien. Heinlein hat deshalb die Verhandlungsdelegation ihres Auftrages entbunden.

verantwortlichen Stellen der Parteiorganisation in Verbindung zu bleiben. Die dauernden Beschlagnahmen der sudetendeutschen Presse - „Die Zeit“ mußte aus diesen Gründen heute ihr Erscheinen überhaupt einstellen - das durch nichts gerechtfertigte Versammlungsverbot, die Sperrung von Post, Telegramm und Eisenbahn und schließlich die Verkündung des Standrechts nehmen der SDP ja jede Möglichkeit, auf ihre Mitglieder einzuwirken und mit ihnen in Verbindung zu bleiben. Die sehr der Sudetendeutschen Partei jedoch daran gelegen ist, an einer Regelung mit der Prager Regierung zu gelangen, beweist gerade die kurze Frist, die Konrad Heinlein dem tschechischen Ministerpräsidenten gestellt hat.

Die Welt steht seit Montagabend im Bann der Führerrede. Daß diese große Abrechnung mit der Demokratie und ihrem Prager Lieblingskind in den Hauptstädten Westeuropas wie ein Schlag ins Wespennest wirken würde, war vorauszu sehen. Die bisher vorliegenden Pressestimmen - mögen sie nun positiv oder negativ sein - spiegeln alle den tiefen Eindruck wider, die Adolf Hitlers Erklärungen gemacht haben. Man ist sich der Bedeutung und des Ernstes der Stunde bewußt und scheint endlich zu begreifen, daß es sich bei der deutschen Stellungnahme in der tschechischen Frage nicht um wohlverrechneten Bluff handelt, mit dem man bei einem möglicherweise bevorstehenden Rußhandel eine gute Ausgangsposition zu finden hofft. Adolf Hitler hat klar und unmissverständlich gesprochen, und zwar nicht nur als Regierungschef, sondern als der vom Vertrauen des ganzen deutschen Volkes getragene Führer, hinter dem 75 Millionen als geschlossene Willenseinheit stehen. Es ist bemerkenswert, daß die französische Presse bemüht ist, die Dinge realistisch zu sehen, zumal die Franzosen immer mehr begreifen, welche Suppe ihnen der Tschechenpakt eingebracht hat. Um so unversämter wirken demgegenüber einige Auslassungen der Londoner Zeitungen. Die „Times“, die sich bei aller ausgespielten Vornehmheit schon öfter als ein erstklassiges Gebblatt erwiesen hat - es sei nur an die Guernica-Lügen erinnert - möchte anscheinend mit Gewalt das wieder aufnehmen, was sie in den Augen der Vaterdemokraten durch die von ihr erörterte Möglichkeit einer Volksabstimmung in der Tschecho-Slowakei „verbrochen“ hat. Es ist überaus bezeichnend, daß gerade die Auslandsblätter, bei denen die Worte „Selbstbestimmungsrecht“ und „Freiheit“ zum stehenden Wortschatz gehören, jetzt plötzlich von einem Selbstbestimmungsrecht nichts mehr wissen wollen. Mancher brave Engländer wird sich dabei erinnern, daß er in Irland vier Jahre lang für dieses Selbstbestimmungsrecht gekämpft und gestritten hat. Aber es handelt sich ja nur um Deutsche, um lumpige 35 Millionen Sudetendeutsche, denen es nach Ansicht der „Times“ noch viel zu gut geht. Mit einer derart verlogenen Beeinflussung der öffentlichen Meinung hat die „Beste Zeitung der Welt“ nach dem Volksabstimmungs-Selten sprung ihren alten Ruf durchaus wiederhergestellt, und nur die englischen Kommunisten werden sie in Zukunft noch als „deutschfreundlich“ verächtigen.

Wir sind davon überzeugt, daß die einseitige Stellungnahme eines Teiles der englischen Presse sich sehr bald ändern wird, wenn in die erhitzten Köpfe wieder die kluge Vernunft einzieht. Daß der Führer bei seiner Kennzeichnung der Prager Regierungsmethoden nicht übertrieben hat, beweisen die letzten Ausschreitungen im demokratischen Mutterlande. Der verstärkte tschechische Terror liefert die besten Argumente für die Kongressrede und bestätigt sie Punkt für Punkt. Ueberhaupt hat man vielfach im Ausland den Fehler gemacht, die der abschließenden Führerrede vorausgegangenen Rundgebungen nicht genügend zu beachten. Einige Leute haben geglaubt, daß nationalsozialistische Deutschland einschüchtern zu können. Diese Herren sind nun völlig aus dem Konzept gebracht, denn der Führer hat ihnen den Gefallen, kein Belauschen, nicht getan. Für das deutsche Volk aber konnte es keine andere Antwort auf die tschechische Gewaltpolitik und die Machenschaften der westeuropäischen Drahtzieher geben als die, mit der Adolf Hitler das ganze Gebäude der demokratischen Scheinmoral wie ein Kartenhaus umlegte. Daß es kein revolutionärer Vorstoß oder gar eine Umkehr unserer Außenpolitik, sondern die logische Folge einer Entwicklung der internationalen Politik, an deren Zuspitzung nicht wir die Schuld tragen.

Für uns bedeutete die große Rede des Führers die letzte Eingebung der Nürnberger Tage, eine Zusammenfassung alles dessen, was in Dubenden von Reden und Ansprachen gesagt worden ist - und seine weltpolitische Auswertung. Wer die Proklamation des Führers, seine Reden und Ansprachen aufmerksam gelesen hat und wer die Reden unserer führenden Staatsmänner verfolgt hat, für den konnte es keine „Ueberraschungen“ im Sinne der Auslandspresse geben. In deutlichem Klang das Leitmotiv des diesjährigen Parteitages aus allen Erklärungen heraus. Gerade dieser das alljährliche Volksversammlungen der Deutschen eine Notwendigkeit ist. Nur der politische Speicher kann in dem minutiösen Ablauf der Nürnberger Tage eine ermüdende Wiederholung erblicken und in den Reden etwas Gleichförmiges, Immerwiederkehrendes sehen. Gerade dieser Parteitag zeigt, von welcher unerhörten Dynamik die Nürnberger Weisheiten erfüllt sind. Sie drängen keine

„Jetzt werdet ihr alle ausgerottet!“

120 Sudetendeutsche vor dem tschechischen Terror auf Reichsgebiet geflüchtet

Sol, 12. September.

In der Gegend von Waldmünchen sind 120 Sudetendeutsche vor dem Terror der tschechischen Staatspolizei auf reichsdeutsches Gebiet geflüchtet. Die Bevölkerung hat sich ihrer hilflos angenommen. Wie sie mittlerweile in Hofelbach und Umgebung kein Deutscher mehr seines Lebens sicher. Staatspolizisten und Finanzwachbeamte lägen überall an den Straßen und auf den Feldern und beschloßen ohne Warnung jeden, der sich außer halb der Ortsgrenze sehen lasse, so daß auch die Einbringung der Ernte unterbrochen werden mußte. Auch das Melken der Kühe auf den Wiesen sei dadurch unterbrochen worden. Finanzwachbeamte seien auch in zahlreiche Häuser eingedrungen, hätten die Bevölkerung terrorisiert und mild in die Hände und Füße geschossen. Sie hätten dabei erklärt, daß jetzt der Tag der Vernichtung des Deutschen auf böhmischen Boden gekommen sei. „Jetzt werdet ihr alle ausgerottet! Von euch darf nicht einer am Leben bleiben!“ hätten die Staatspolizisten erklärt. Die verängstigte und verschüchterte Be-

völkerung habe sich schließlich nicht mehr zu helfen gewußt, und in der Dämmerung sei es dann einem Juge von 120 Personen gelungen, über die nahe Grenze auf reichsdeutsches Gebiet zu gelangen.

Schüsse auf Major Sutton-Pratt

Der britische Beobachter um ein Haar erschossen

London, 12. September.

Wie Reuters aus Prag meldet, wäre Major Sutton-Pratt, der als Beobachter der britischen Gesandtschaft in Prag angeteilt ist, um ein Haar von einem tschechischen Beamten erschossen worden. Major Pratt wollte am Sonntag in Eger. Pöblich feuerte ein tschechischer Polizeibeamter ohne jeden Grund einen Schuß auf ihn ab, der jedoch glücklichweise sein Ziel verfehlte.

Ob die „Times“ wohl wagen wird, auch diesen Zwischenfall als eine „Verletzung der Wahrheit“ zu bezeichnen?

Versammlungsverbot im ganzen Staatsgebiet

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. September.

Der Anlaß zu der Forderung Konrad Heinleins auf sofortige Aufhebung des Standrechts ist die Tatsache, daß die Prager Regierung im Laufe des Dienstag das Standrecht über insgesamt acht Bezirke verhängt hat; zu den fünf bereits gemeldeten waren noch die Bezirke Karlsbad, Falkenau und Kruman einbezogen worden. Ferner sind auf Grund eines Regierungsbeschlusses im gesamten Staatsgebiet der Tschecho-Slowakei sämtliche Versammlungen politischer und unpolitischer Charakter sowie Umzüge und ähnliche Veranstaltungen verboten worden.

Aur rein formalen Seite des Standrechts in der Tschecho-Slowakei sei darauf hinzuweisen, daß dieses Standrecht im § 429 der tschechischen Strafprozessordnung vorzusehen ist. Es soll nur in Fällen des Aufruhrs oder wenn in mehreren Bezirken Mord, Raub, Brand, Leugnung oder öffentliche Gewalttätigkeiten um sich greifen, angewendet werden. In diesen Fällen steht die Verkündung des Standrechts dem Innenminister im Ein-

vernehmen mit dem Justizminister zu, und ist auch dem Landesmilitärkommando zur Verkündung der unterstehenden Truppenkörper bekanntzugeben. Jeder, der gegen die Bestimmungen des Standrechts verstößt, wird strafrechtlich geahndet und mit dem Tode bestraft. Für das handwerkliche Verfahren ist als Regel zu beobachten, daß nur solche Personen vor das Standrecht gestellt werden, die entweder auf der Tat erwischt worden sind, oder deren Schuld ohne Verzug bewiesen werden kann.

Die Prager Regierung hat die Weisung, nach der sie unter keinen Umständen einer Volksabstimmung ihre Zustimmung geben werde, zurückgezogen und diejenigen Blätter, die diese Weisung bereits veröffentlicht hatten, beschlagnahmt. Diese Pressestimmen wurden durch einen Schritt des tschechischen Gesandten in London ausgeglichen, der gestern offiziell mitgeteilt haben soll, daß der Gedanke einer Volksabstimmung für die Tschecho-Slowakei undreaubar sei. Ob aus der auffälligen Zurückziehung dieser Weisung meldung irgendwelche Schlüsse gezogen werden können, muß dahingestellt bleiben.

HEUTE BEILAGE

Heimat und Volkstum